



Ein Blick auf zwei neue Betten in einem noch nicht belegten Wohncontainer für Flüchtlinge, den die Stadt Limburg aufgestellt hat.

Foto: Stefan Dickmann

Kommunen suchen Wohnraum

Städte und Gemeinden des Landkreises müssen bis Jahresende wohl noch bis zu 700 Geflüchtete unterbringen

Von Anken Bonhorst, Petra Hackert, Henning Schenckenberg, Stefan Dickmann, Tobias Ketter und Mariam Nasiripour

LIMBURG-WEILBURG. Bis zum Ende des Jahres werden im Landkreis Limburg-Weilburg wohl noch rund 700 geflüchtete Menschen untergebracht werden müssen. Ein Sprecher des Kreises bestätigte auf Anfrage dieser Redaktion, dass das Regierungspräsidium Darmstadt für das letzte Quartal dieses Jahres eine entsprechende Anzahl angekündigt habe.

Für die Städte und Gemeinden des Kreises bedeute dies, dass pro Monat rund 50 Zuweisungen erfolgen würden. Wie es ab dem kommenden Jahr weitergeht, könne noch nicht „seriös vorhergesagt“ werden. Viele heimischen Kommunen geraten bei der Unterbringung der geflüchteten Menschen derweil an Kapazitätsgrenzen. Ein Überblick über die Lage.

Umzüge in normale Wohnungen organisiert

Bürgermeister Horst Kaiser (CDU) sagt zur Flüchtlingslage in Elz: „Wir haben in den zurückliegenden Monaten 17 Flüchtlinge in eigenen Unterkünften der Gemeinde Elz aufgenommen, darüber hinaus ist es uns gelungen, Menschen aus kreiseigenen Gemeinschaftsunterkünften in normale Wohnungen umzuziehen und dort Platz zu schaffen. Zusätzlich wurden zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises in Elz mit insgesamt rund 26 Plätzen in Betrieb genommen. Damit haben wir in Elz einen sehr ordentlichen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen geleistet.“ Wie viele Menschen der Kommune in den nächsten Wochen noch zugewiesen werden, wisse er nicht. „Derzeit haben wir keine freien Plätze mehr, sind aber aktiv dabei, weiteren Wohnraum zu akquirieren“, so der Elzer Verwaltungschef.

Auch im **Weilburger** Parlament war die Suche nach

Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete auf der jüngsten Sitzung Thema. Bürgermeister Johannes Hanisch (CDU) hatte betont, dass die Stadt derzeit auf die Aufstellung von Wohncontainern im Stadtteil Waldhausen verzichten könne. Die Stadt verfüge in Kubach noch über Unterbringungsmöglichkeiten für fünf bis sechs Menschen. Darüber hinaus befindet sich die Verwaltung in „engem Austausch“ mit der Weilburger Gemeinnützige Wohnungsbau GmBH und habe fünf Wohnungen für bis zu 26 Menschen am Kirmesplatz reserviert. „So langsam sind die Kapazitäten der Stadt aber erschöpft“, so Johannes Hanisch.

Aufwendungen von rund einer Million Euro

90 Plätze für Flüchtlinge stellt die Stadt **Limburg** derzeit zur Verfügung, davon sind aktuell 78 Plätze belegt, teilt die Sprecherin der Stadt, Stefanie Kesper-Süß, mit. Aber das bedeutet trotzdem: „Wir sind voll belegt.“ Die Gründe dafür hatte Bürgermeister Marius Hahn (SPD) vor Kurzem in seiner Haushaltsrede erklärt: „Es gibt Härtefälle, physische Auffälligkeiten oder komplette Familien in einem Container, in den wir nicht einfach eine fremde Person einquartieren können.“ Das alles binde und belaste städtisches Personal, und das erfordere von der Stadt einen hohen finanziellen Einsatz, um Wohnraum zu schaffen oder Flüchtlinge unterzubringen. „Im kommenden Jahr werden wir rund eine Million Euro aufwenden“, sagte Hahn. Im Gespräch mit dieser Redaktion hatte er erklärt, die Stadt verfüge noch über gepachtete Flächen, um dort Wohncontainer für Flüchtlinge aufstellen zu können. Die Stadt rechne mit 15 bis 20 neuen Flüchtlingen pro Monat.

In **Runkel** seien die Unterkünfte für Flüchtlinge derzeit relativ stark ausgelastet, sagte Michel Kremer, Bürgermeister der Burgenstadt an der Lahn. Aktuell suche man nach Plätzen,

auf denen Container aufgestellt werden können. „Wir kommen früher oder später nicht um diese Maßnahme herum“, weiß der Rathauschef. Eine mögliche Schließung von Bürgerhäusern und Hallen könne außerdem nicht gänzlich ausgeschlossen werden. „Wir arbeiten aber daran, dies zu verhindern“, berichtete Kremer. Bereits während der Parlamentssitzung am vergangenen Mittwoch teilte der Bürgermeister den Mandatsträgern mit, dass der Stadt weiterer Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten worden sei.

Merenbergs Bürgermeister Oliver Jung (SPD) betonte, dass der Marktflecken Merenberg noch als Erstaufnahmeeinrichtung für den Landkreis fungiere und eine Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises mit 148 Plätzen vor Ort habe. Daher gehe er von keiner weiteren Zuweisung aus. „Ferner habe wir noch zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte mit Flüchtlingen vor Ort“, fügt er hinzu.

Der Marktflecken **Mengerskirchen** liege aktuell mit drei Personen über der Anzahl der Soll-Zuweisung, sagt Bürgermeister Daniel Melchert (SPD). Aber auch dort sei die Situation rund um Geflüchtete sehr dynamisch. Zusätzlich sei die Gemeinde sowohl mit der GAB in Limburg-Weilburg und als auch mit Privatpersonen im Austausch, um weitere Kapazitäten

zu schaffen. „Darüber hinaus kommen ungenutzte gemeindeeigene Liegenschaften infrage, die künftig als Flüchtlingsunterkunft fungieren können“, ergänzt Melchert.

Brechen will „Plan B“ vermeiden

„Wir sind uns bewusst, dass wir vor einer großen Aufgabe stehen. Wir sind seit längerem dabei, dezentrale Lösungen zu finden. Das klappt bisher sehr gut, wir haben noch Möglichkeiten“, sagt der **Brechner** Bürgermeister Frank Groos (parteilos). Angesichts der neuen Zahlen, über die der Kreis die Kommunen in einer der regelmäßigen Videokonferenzen informiert habe, und der durch den Brand in der Unterkunft in Dietkirchen zu erwartenden Herausforderungen, stehe als „Plan B im Hintergrund“, eine kleinere Containeranlage zu installieren. Es wäre möglich, dort 20 Personen, aufstockbar auf 40, unterzubringen. Das könnte die Gemeinde leisten, für die größeren Container ab 60 Personen, die der Kreis bereitstelle, fehle der Platz. Auf diesen „Plan B“ wolle man nicht zurückgreifen, solange es bessere dezentrale Möglichkeiten gebe. Das habe bisher funktioniert. 100 Geflüchtete seien derzeit in Brechen untergebracht. Die Kommune miete Räumlichkeiten an. Ein weiteres Gebäude an der Limburger

Straße sei demnächst bezugsfertig – hier könnten zehn Personen Platz finden. Für Entlastung habe die Erbschaft Sahl gesorgt. Auf diesem Gelände, das nun der Gemeinde Brechen gehört, gibt es ein Wohn- und ein Firmengebäude, beides stehe für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung. Hier stünden Plätze für maximal 20 Personen zur Verfügung, im Wohngebäude für weitere zehn bis zwölf. „Das Ganze stellt uns auch personell vor Herausforderungen“, sagt Groos mit Blick auf die Koordination.

Unterbringung in Hallen „die letzte Lösung“

„Bisher wurden gute Lösungen gefunden, um Geflüchtete in von Privatpersonen angemieteten Wohnräumen unterzubringen. Dies wird aber zunehmend schwieriger, da uns nicht genügend geeigneter Wohnraum angeboten wird. Lange können wir diesen Weg angesichts steigender Flüchtlingszahlen nicht mehr gehen“, sagt der **Bad Camberger** Bürgermeister Daniel Rühl (CDU). Die Stadt suche dringend nach weiterem Wohnraum, den sie anmieten könne. Die Unterbringung in Bürgerhäusern oder Sporthallen könne nur die allerletzte Lösung sein. „Dies können wir allerdings dauerhaft nur ausschließen, wenn endlich eine spürbare und schon lange überfällige Reduzierung der Zugangszahlen eintritt.“ Derzeit lebten 42 zugewiesene Flüchtlinge in Bad Camberg. „Hinzukommen beispielsweise 164 in Bad Camberg lebende Ukrainerinnen und Ukrainer“, so der Verwaltungschef.

Derweil betont der Sprecher des Kreises, dass der Brand in der Gemeinschaftsunterkunft „Auf der Heide“ in Dietkirchen die Kreisverwaltung vor „große Herausforderungen“ stelle. „An Lösungen wird derzeit gearbeitet. Die Inbetriebnahme des Ankunftsentrums in Obertiefenbach ist für den 15. Dezember 2023 vorgesehen“, so der Sprecher.



Der Brand der Unterkunft in Dietkirchen sorgt für „zusätzliche Herausforderungen“.

Foto: Klaus-Dieter Häring